

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 2

Artikel: Wirtschaftschronik
Autor: Oeconomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Budgettag in England

Der Tag, an dem der Schatzkanzler vor dem Unterhaus das Budget für das neue Finanzjahr bekannt gibt, ist in England immer ein wirtschaftspolitisches *Grossereignis*. Seine Wirkung ist lange vor dem eigentlichen Budgettag spürbar, denn die verschiedensten Wirtschaftskreise beteiligen sich am Rätselraten um die neue Politik, versuchen ihre Schwerpunkte zum voraus herauszufinden, um sie möglicherweise vor ihrem Inkrafttreten zu eskomptieren. Das war auch in diesem Jahre der Fall. Der 16. April wurde deshalb in Grossbritannien mit besonderer Spannung erwartet.

Nun, das «zweite Abwertungsbudget» Englands brachte *keine Sensationen*. Es bewegte sich in durchaus konventionellen Bahnen und entsprach ungefähr den Erwartungen. Zwar hatten die schlechten britischen Aussenhandelsergebnisse für das erste Quartal 1969 das Fieber unmittelbar vor der Budgetbekanntgabe durch Schatzkanzler Jenkins nochmals kurzfristig ansteigen lassen; das Budget selbst hat es aber nicht mehr zu beeinflussen vermocht.

Das britische Budget 1969/70 hat nochmals eine allerdings moderierte Verschärfung des *Restriktionskurses* der Labourregierung gebracht. Eine Reihe von Steuererhöhungen (Gesellschaftssteuern, Selective Employment Tax und einige Warenumsatzsteuern) sollen dem Staat Mehreinnahmen von 340 Mio. Pfund verschaffen, beziehungsweise die Kaufkraft der britischen Bevölkerung um den gleichen Betrag reduzieren. Die britische Regierung will damit den binnenwirtschaftlichen Konsum drosseln, um mehr wirtschaftliche Kräfte für den Export frei zu machen und um den Importsog mit dem Ziel der Erreichung des Zahlungsbilanzausgleichs zu verringern.

Grossbritannien hat eine solche Politik dringend notwendig, denn es ist von seinem Ziel, dem Zahlungsbilanzausgleich, beziehungsweise der Zahlungsbilanzüberschüsse, noch sehr weit entfernt. Die externe Ver-

schuldung des Landes, die durch das enerzierend hartnäckige Zahlungsbilanzdefizit in der Vergangenheit ständig gestiegen ist, kann nur mit Hilfe von Zahlungsbilanzüberschüssen zurückbezahlt werden. Es ist aber heute schon abzusehen, dass Grossbritannien dieses Rennen mit der Zeit kaum gewinnen wird und dass es deshalb um *Konsolidierungsverhandlungen* mit seinen wichtigsten Gläubigern wird ersuchen müssen. Die Kontakte zum Internationalen Währungsfonds sind unter diesem Titel offenbar bereits aufgenommen worden.

Es muss für die Labourregierung besonders enttäuschend sein, dass es ihr in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die *Gewerkschaften* auf die Einhaltung einer gewissen Lohndisziplin zu verpflichten. Die unablässig sich jagenden wilden Streiks und die Lohnerhöhungen, die weit über dem Richtmass der von der Regierung ausgegebenen Einkommenspolitik liegen, haben zu einem nicht geringen Masse die Vorteile, die sich England mit der Abwertung des Pfundes eingehandelt hatte, zunichte gemacht. Es kann deshalb nicht erstaunen, dass der Schatzkanzler in seiner Budgetrede auch Massnahmen zur *Streikbekämpfung* ankündigte. Sie sind zweifellos höchst notwendig, beschwören in England aber die Gefahr neuer Sozialkonflikte herauf.

Amerikas handelspolitische Diskussionsbereitschaft mit Europa

Trotz des Erfolges der Kennedy-Runde bestehen zwischen der Alten und der Neuen Welt weiterhin ungelöste *handelspolitische Fragen*. Botschafter Roth, der höchst angesehene ehemalige Sonderbotschafter für Fragen der Aussenhandelspolitik bei der Regierung Johnson und der erfolgreiche Vertreter der USA bei der Kennedy-Runde, bezeichnete kurz vor seinem Rücktritt die Beseitigung der *nichttarifarischen Handelshemmnisse* als die wichtigste Zukunftsauf-

gabe der internationalen Handelspolitik. Er wollte die USA auf diesem Gebiete initiativ sehen. Präsident Nixon hat übrigens entschieden, den Posten eines seinem Büro direkt unterstellten Sonderbeauftragten für aussenhandelspolitische Fragen beizubehalten; offenbar ist in den USA das Seilziehen um die Besetzung dieses wichtigen Postens bereits ausgebrochen.

Die Europareise von Handelsminister Stans hatte den Zweck, diesen Problemkomplex politisch wieder zu reaktivieren. Er hatte in Europa besonders die amerikanischen Anliegen vorgetragen, die auf einen verstärkten Schutz der amerikanischen Textilindustrie, auf eine Beseitigung der Diskriminierung der amerikanischen Exportwirtschaft, die durch die Einführung des Umsatzsteuerausgleichs in der EWG entstehen könnte, sowie auf eine skeptische Haltung gegenüber dem Agrarprotektionismus der EWG hinauslaufen. In seinen öffentlichen Reden ging Stans allerdings weit über diesen Rahmen hinaus und bekannte sich ganz allgemein zur Beseitigung der nichttarifarischen Handelshemmisse, die die Ergebnisse der Kennedy-Runde teilweise wieder aufheben und die der Freiheit des Aussenhandels, des Reiseverkehrs, der Auslandsinvestitionen und des Austausches von Technologie entgegenstehen. Er erinnerte sodann an die Versprechungen Nixons, nach Kräften für die Verwirklichung eines freien Handels zwischen den Nationen einzustehen.

Prompt sind auf diese Erkundungsreise hin Gerüchte um eine bevorstehende Nixon-Runde im GATT aufgetaucht. Stans bezeichnete solche Erwartungen indessen als verfrüht. Die Zeit zu einem weiteren «grossen zollpolitischen Wurf» sei zweifellos noch nicht reif.

Von Bedeutung in der Berichtsperiode war sodann die *Lockierung des amerikanischen Zahlungsbilanzprogramms*, das die Administration Nixon zu Beginn des Monats April zur Überraschung mancher Beobachter der wirtschaftspolitischen Szenerie in den USA verfügte. Die Sätze für die sogenannte Zinsausgleichssteuer wurden reduziert; ausserdem sind die Zwangsdirek-

tiven gelockert worden. Damit ist der Kapitalabfluss aus den Vereinigten Staaten wieder etwas erleichtert worden. Ziel dieser Massnahme ist eine Unterstützung der internen Konjunkturpolitik, die darauf angelegt ist, die starken inflationären Impulse des vergangenen Jahres zu bremsen. Sie müssen deshalb als eine Parallelmaßnahme zu der restriktiven Fiskal- und Geldpolitik der USA betrachtet werden.

Steigende Zinssätze

In diesem Zusammenhange ist auf ein Phänomen hinzuweisen, das immer mehr die Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitisch interessierten Kreise auf sich gezogen hat, nämlich die vor allem auf die USA und Europa konzentrierte Tendenz zu *steigenden Zinssätzen*. Diese Entwicklung geht ebenfalls von den USA aus, die der Geldentwertung unter anderem mit einer Verknappung des Geld- und Kapitalmarktes begegnen, was sich natürlich unweigerlich in steigenden Zinssätzen niederschlagen muss. Die Vereinigten Staaten haben denn auch ihren Diskontsatz anfangs April auf 6% erhöht, das heisst auf ein Niveau, das seit 40 Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Andere Notenbanken folgten diesem Beispiel. Die intensiver gewordene weltwirtschaftliche Verflechtung auf monetärem Gebiet durch das System der konvertiblen Währungen, zusammen mit der Entstehung des Eurodollarmarktes, haben bewirkt, dass die einzelnen Länder nur noch in beschränktem Masse den Leitlinien einer autonomen Geldpolitik folgen können.

Neben dem konjunkturpolitischen Aspekt sind die Verknappungserscheinungen an den europäischen Geld- und Kapitalmärkten aber auch eine Folge der amerikanischen *Zahlungsbilanzpolitik*. Während sich Europa in der Vergangenheit weitgehend auf Kosten des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizites «finanzieren» konnte, das gleiche Europa aber immer sehr rasch bereit war, den Amerikanern zur Stärkung des Dollars bessere monetäre

Disziplin zu predigen, beginnt sich nun das Blatt etwas zu wenden. Die steigenden Zinssätze in Europa können, von diesem Blickwinkel aus beurteilt, als Preis für die vorangegangene «Liquiditätshilfe» der USA an Europa betrachtet werden, beziehungsweise als Preis für die Rückkehr zu stabileren Währungsverhältnissen, mindestens soweit der Dollar in Frage steht.

Die Entwicklung zu höheren Zinsrätsen hat auch die Schweiz erreicht und auf der politischen Bühne unseres Landes bereits Reaktionen ausgelöst. Indessen ist darauf hinzuweisen, dass unser Land trotzdem nach wie vor eine Zinsinsel darstellt. Es entspricht dem «Gesetz» einer objektiven Betrachtungsweise, dieses Faktum anzuerkennen und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die höheren Zinssätze einen *Anpassungsprozess* zum Ausdruck bringen, der im Interesse der amerikanischen Inflationsbekämpfung und damit der Stabilität der Weltwährungsordnung unerlässlich geworden ist.

Zweifel in Bonn

Die internationale Währungslage selbst ist noch keineswegs zur Ruhe gekommen. In der Bundesrepublik steigen die Zweifel am Erfolg der sogenannten «Quasi-Aufwertung» vom November 1968, das heißt der Erhöhung der Exportsteuern beziehungsweise der Begünstigung der Einfuhren. Die Diskussion über dieses Thema ist wieder in Gang gekommen, was insofern bemerkenswert ist, als sie sehr nahe beim Thema der D-Mark-Aufwertung liegt. Auslösendes Ereignis war ein Bericht der Bundesregierung an das Parlament über die

steuerlichen Möglichkeiten der aussenwirtschaftlichen Absicherung, der selbst zur «Quasi-Aufwertung» eher kritische Beitrachtungen enthält.

Bundesrat Schaffner in Paris

Von einer mehr grundsätzlichen Warte aus behandelte Bundesrat Schaffner anlässlich der neunten *Ministerratstagung* der OECD in Paris verschiedene wirtschaftspolitische Fragen von internationaler Ausstrahlungskraft. Bundesrat Schaffner wies dabei vor allem auf das Interesse der Schweiz an einer weiteren *Liberalisierung des internationalen Handels* hin. Er traf sich dabei in seiner globalen Beurteilung der hängigen Probleme weitgehend mit seinem «amerikanischen Kollegen», indem er ebenfalls für einen Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse plädierte und in diesem Kontext insbesondere auf die Notwendigkeit des Abbaus des sogenannten «American Selling Price»-Systems verwies, das sich in der amerikanischen Zollpraxis bekanntlich als ein höchst liquidierungsbedürftiger Anachronismus eingenistet hat. Für Europa ist die Haltung der USA gegenüber dem American-Selling-Price-System geradezu zu einem Prüfstein für ihren Willen geworden, auf dem Gebiete des internationalen Handels zu weiteren Fortschritten zu kommen. Die europäischen Partner der USA verlangen, bevor eigentliche Verhandlungen über den weiteren Abbau nichttarifärlicher Handelshemmnisse aufgenommen werden, auf diesem Gebiete eine Vorleistung der Vereinigten Staaten.

Oeconomicus